



und Berufsgruppen zusammengeschlossen und gemeinsam neue Angebote speziell für die Nordstadt entwickelt. „IdEE“ steht dabei für „Innovation durch EinzelEigentümer“. Ziel ist es, Eigentümer zu unterstützen, um an einem nicht immer einfachen Standort die richtigen Entscheidungen zu treffen – und dabei auch die Nordstadt insgesamt zu stärken. Hierzu haben sich Experten aus unterschiedlichen Fachrichtungen (z. B. Sanierung/Modernisierung, Energieberatung, Außenraumgestaltung, Finanzierung, Bewirtschaftung) in einem Netzwerk zusammengeschlossen. Gemeinsam wollen sie die Eigentümer bei den unterschiedlichsten Fragestellungen, wie z. B. Bewirtschaftung, Mietersuche, Sanierung und Modernisierung, Fördermittel etc., unterstützen und gemeinsame Aktivitäten fördern.

Das Problem der Armutsmigration hat viele deutsche Großstädte erreicht und wird bleiben – ebenso wie die Menschen, die aus oft nachvollziehbaren Gründen ihr Heimatland verlassen und in unsere Städte kommen. Zurzeit fühlen sich viele Kommunen mit diesen Problemen allein gelassen. Für not-

wendige anstehende Projekte zur Integration (Sprachkurse, Bildung, Gesundheitsversorgung, Versorgung mit Wohnraum, Zugang zum Arbeitsmarkt) fehlen die finanziellen Mittel. Bund, Länder und EU sind hier in erhöhtem Maß gefordert. In den Kommunen sind auch die Wohnungswirtschaft und private Vermieter besonders in den Stadtteilen betroffen, die zu den bevorzugten Zielen der Armutsmigranten gehören. DOGEWO21 engagiert sich in der Dortmunder Nordstadt insbesondere für einen verantwortungsvollen Umgang mit „Problemimmobilien“ und gibt Beispiele für erfolgreiche Lösungen. Darüber hinaus wird es gelten, die Armutsmigranten bei vorliegenden Voraussetzungen wo immer möglich mit geeignetem Wohnraum zu versorgen. In jedem Fall – wie bei jeder Vermietung – mit sorgfältigem Blick auf Hausgemeinschaften und Quartiere.

Klaus Graniki

Geschäftsführer der DOGEWO21, Dortmunder Gesellschaft für Wohnen mbH, Dortmund

Uta Schütte-Haermeyer

EU Binnenmigration – Zuwanderung aus Südosteuropa: kein Grund zur Panik und kein Grund zur Verharmlosung



Das Thema Zuwanderung aus Südosteuropa hat in der medialen Berichterstattung eine Bedeutung gewonnen, wie man sie sich für manche soziale Themen wünschen würde. Zwischen den Polen *Alles kein Problem, es kommen in der Mehrzahl Hochqualifizierte in die Bundesrepublik* und der Drohkulisse *Wir haben eine Einwanderung in das Sozialsystem*, liegt die Realität für uns als Diakonisches Werk. Als einer der Wohlfahrtsverbände in Dortmund beschäftigen wir uns in unterschiedlichen Projekten und Arbeitsbereichen mit dem Thema Zuwanderung aus Südosteuropa. Es ist inzwischen unzweifelhaft klar, dass nach Dortmund eher Menschen aus Rumänien und Bulgarien zuwandern, die auch schon in ihren Herkunftsländern große Probleme am Arbeits- und Wohnungsmarkt hatten und für sich dort keine Perspektive mehr sahen.

Und hier sei sogleich vorweggeschickt: Wir wissen nicht, wer von diesen Menschen sich der größten europäischen Minderheit, der Roma, zuordnet und es spielt für uns in der Arbeit auch keine Rolle. Die Zuordnung ist eine Selbstzuschreibung und wir machen nicht selten die Erfahrung, dass Menschen, die von außen diese Zuschreibung erfahren, sich selbst nicht so bezeichnen, einer anderen Minderheit zuzuordnen, die Chance nutzen, sich als Europäer zu sehen oder aber auch, dass nur Teile einer Familie sich als Roma bezeichnen und andere nicht.

Aus der Zusammenarbeit mit einer Roma-Selbstorganisation, Terno Drom, mit denen wir im Rahmen von Multiplikatorenveranstaltungen zusammengearbeitet haben, ist inzwischen klar: Roma sind eine sehr heterogene Gruppe, das einzig Gemeinsame ist nicht mehr die Sprache, Romanes, sondern wahrscheinlich die Diskriminierungserfahrung. In unserer Herangehensweise spielt das Thema Ethnie nur eine Rolle, wenn es eine Rolle für den Einzelnen spielt. Wohl aber spielt es eine Rolle bei der Ethnisierung von Konflikten und beim Herausfiltern von vermeintlich Gut und Böse. Spezielle Roma-Projekte,



bei einer derart heterogenen Gruppe, sind daher ein infrage zu stellendes Instrument. Die Probleme, die sich uns stellen, sind vor allem Armutprobleme.

Wir stellen immer wieder fest, wie wenig wir über die Zuwanderer wissen, wie wenige Experten es gibt und wie viele vermeintliche Experten, welche gern „die Roma“ erklären. Wir sind inzwischen im Dortmunder Netzwerk EU-Armutswanderung zu dem Schluss gekommen, dass wir Experten in eigener Sache geworden sind und wir immer genau schauen müssen, mit wem wir es zu tun haben. Dabei stimmen Verallgemeinerungen und gar kulturelle Zuschreibungen nicht und helfen auch nicht weiter.

Opfer eigener Vorurteile

Die ersten Kontakte zu den Neuzuwanderern hatten in Dortmund die Wohnungsloseneinrichtungen und Prostituiertenberatungsstellen, die Aufsuchende Arbeit in der Nordstadt und auf dem damals noch existierenden Straßenstrich machten. Sie wiesen darauf hin, dass dorthin Menschen kamen, die von einer absoluten Form von Armut betroffen waren, wie wir sie eigentlich in Europa für überwunden hielten:

- Frauen, die auf der Straße als Prostituierte arbeiteten und keinerlei Kenntnisse über Verhütung hatten,
- Männer, die Tagelöhnerdienste an der Straße anboten, für einen Bruchteil des aktuell diskutierten Mindestlohns,
- Menschen, die keine Krankenversicherung hatten und auch keinerlei reguläres Einkommen und keinen Zugang zum Sozialsystem.

Als wir 2011 mit den ersten Projekten „Schritt-Weise“ und „Was Tun?!“ in diesem Handlungsfeld starteten, gingen wir noch von großen Schwierigkeiten aus; wir vermuteten, Bildung habe keinen Wert bei den Zuwanderern, die Kontaktaufnahme gestaltete sich schwierig und die Menschen seien uns gegenüber verschlossen. **Nichts davon hat sich bestätigt.** Im Gegenteil: Wir sind Opfer unserer eigenen Vorurteile geworden. Das kann und soll nicht heißen, dass es keine Probleme gibt oder alle Probleme gelöst sind, wenn die Regelangebote geöffnet werden und wir das tun, was man im Ruhrgebiet seit mehr als 100 Jahren erfolgreich tut, nämlich Fremde zu integrieren. Dies ist notwendig, aber nicht hinreichend. Ganz so leicht ist es dann doch nicht.

„Schritt-Weise“ war eines der ersten Projekte mit Muttersprachlern (rumänisch und bulgarisch) im Feld. Ziel des Projektes war es, in Kooperation mit vier Nordstadt-Grundschulen und einer Hauptschule die Bildungsintegration der Kinder zu unterstützen. Schnell entwickelte sich das Projekt zu einer Beratungsinstanz und vor allem zur Begleithilfe für Überlebensfragen der Menschen. Dass die Kinder in die Schule gehören, war nicht nur fast allen Eltern klar, sondern auch wichtig. Verwundert waren jedoch die meisten darüber, dass unsere Hilfe kostenlos war. Dies löste und löst mitunter auch immer noch

bei den Hilfesuchenden Irritationen aus. Viele erzählten, dass sie Tausende Euro für das Ausfüllen eines Kindergeldantrages, die Vermittlung einer Matratze und einer Gewerbeanmeldung gezahlt haben. Die Menschen kommen fast alle mit völlig falschen Erwartungen über ihre Möglichkeiten, hier Fuß zu fassen. Die Informationen über ein Leben in Deutschland sind nach unseren Erkenntnissen nie über staatliche Stellen vermittelt worden, sondern immer über Mund-zu-Mund-Kommunikation. Die Unwissenheit der Zuzügler und die Versprechungen von vermeintlich gutmeinenden Vermittlern machen sie hier zu einer lukrativen Einnahme- und Ausbeutungsquelle. Dabei sind die Kreativität und der Wille der Menschen wirklich bewundernswert. Aber ein Gewerbe als Europaletten-Reparierer hat wenige Erfolgsaussichten und die Geschichten über Bauhelfer, die wochenlang schufteten und keinen Lohn erhalten, wie sie etwa die IG Bau oder der DGB berichten, sprechen für sich. Das schreckt aber niemanden ab, im Gegenteil: Die Menschen versuchen ihre Nische zu finden, um für sich und ihre Kinder ein besseres Leben aufzubauen, und dabei lassen sie sich nicht entmutigen.

In der EU geht man davon aus, dass im Rahmen der Binnenmigration und der Ausübung der Freizügigkeit kein Integrationsbedarf besteht. Wenn jedoch Menschen kommen, die bereits in ihren Herkunftsländern nicht in die Gesellschaft integriert waren, wie sollen sie es hier bei uns schaffen, sich nahtlos zu integrieren? Dass diese Menschen kommen, ist bei einem Blick in die Herkunftsländer nur zu gut nachzuvollziehen und dass sie ohne Wohnsitz, reguläres Einkommen und Krankenversicherung gegen die Freizügigkeitsbestimmungen verstoßen, ist den Menschen weder klar, noch spielt es wirklich eine Rolle, denn zurück wollen die wenigsten. Dies ist die andere Seite der Freizügigkeit, die auch Beachtung finden muss, denn sie stellt nicht die Freizügigkeit in Frage, sondern die Annahme, dass die soziale Kohäsion in der EU weit fortgeschritten ist.

Bündelung der Ressourcen

Da die Menschen mit einem sehr hohen Hilfebedarf an Information und Begleitung kommen, haben wir uns in Dortmund recht schnell zu einem Profi-Netzwerk „EU-Armutswanderung“ zusammengetan. Da der fachliche Standard der Migrationsdienste seit etwa zehn Jahren nicht mehr die muttersprachliche Beratung ist, die Hilfesuchenden aber weniger Beratung und mehr Begleitung brauchen, waren die vorhandenen Instrumente nur bedingt geeignet. In einem interkommunalen Austausch mit den Duisburger Kolleginnen und Kollegen wurde klar: Wir müssen diese völlig neuen Probleme sehr pragmatisch angehen und die vorhandenen Ressourcen bündeln. Gefragt ist vor allem die **Begleitung** bei der Durchsetzung von Rechten, z.B. bei der Aufnahme in eine Krankenkasse, bei der Regelung des Kindergeldbezugs, bei der Anmeldung zur Schule, bei der Besorgung von Dokumenten aus den Herkunftsländern, bei der Überwindung von unvorstellbaren



bürokratischen Hürden, die an Sisyphos erinnern. Und nicht zuletzt geht es um den dringenden Wunsch nach Arbeit und kostenfreien Sprach- und Integrationskursen.

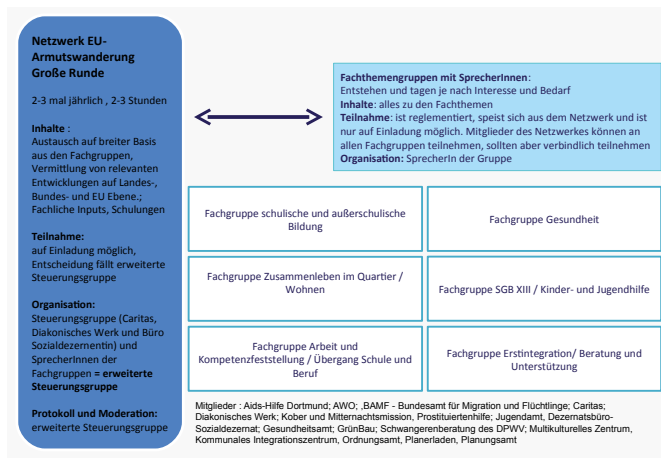


Abb. 1: Dortmunder Netzwerk EU-Armutswanderung

Zwei Beispiele für die bürokratischen Hürden: Die Meldebehörden und Standesämter verlangen auf bestimmten Dokumenten (z.B. Heiratsurkunden, Ehefähigkeitszeugnisse) eine Apostille aus dem Heimatland. Bei Geburtsurkunden wird in Dortmund darauf verzichtet, aber die Übersetzung muss von einem vereidigten Übersetzer aus dem Kreis Dortmund oder Hamm angefertigt worden sein. Übersetzungen von vereidigten Übersetzern aus Bulgarien oder Rumänien werden nicht anerkannt. Die deutschen Behörden haben das Recht, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, ob sie Übersetzungen aus dem Ausland anerkennen. In den Herkunftsländern gibt es nur bestimmte Behörden, die einen Apostillen-Stempel anbringen können. Je nach Art des Dokumentes sind dafür verschiedene Stellen zuständig. Bulgarische Zuwanderer müssen entweder in ihr Heimatland reisen und sich vor Ort die Echtheit ihrer Dokumente mit einer Apostille bestätigen lassen oder aber versuchen, über die Botschaft eine Firma zu bevollmächtigen, dies für sie im Heimatland zu erledigen. Dies ist in jedem Fall für die Familie ein teures Unterfangen, das leicht mehrere hundert Euro kostet.¹

Bürokratische Hürden

Bei der rumänischen Botschaft kostet eine Internationale Geburtsurkunde mit Apostille ca. 100 Euro. Es dauert etwa drei Monate, bis diese ausgestellt ist. Die rumänische Botschaft lässt den Postweg zu, und es werden auch internationale Geburtsurkunden ausgestellt. Den meisten Familien ist völlig unklar, welche Dokumente sie brauchen, wo Apostillen notwendig sind und warum man die Übersetzungen aus dem Heimatland nicht anerkennt. Sie sind vom Zeit- und Geldauf-

¹ Für Personenstands-Urkunden, die nach dem Muster der Übereinkommen der Internationalen Kommission für das Zivil- und Personenstandswesen (CIEC) ausgestellt worden sind (z.B. internationale Geburtsurkunden) wird seit dem 18.12.2013 keine Apostille mehr verlangt.

wand völlig überrascht. Ferner müssen Ehen aus Rumänien und Bulgarien bei der Anmeldung hier beim Standesamt anerkannt werden. Viele Ehen sind jedoch nach Ritus geschlossen, das heißt, die Menschen fühlen und handeln als Verheiratete, sind es aber nicht. Dies hat zur Folge, dass Familien schon an der Anmeldung scheitern: Nicht weil sie nicht wollen, sondern weil sie nicht die finanziellen Mittel und/oder das persönliche Potenzial mitbringen, diese Hürden allein zu überwinden. Dies hat wiederum zur Folge, dass die Personensorge für die Kinder nicht klar geregelt ist, Kinder nicht bei der Schule angemeldet werden, kein Mietvertrag geschlossen werden kann, man den Ausbeutungsstrukturen weiter ausgeliefert bleibt.

Hinsichtlich des Krankenversicherungsschutzes gehen viele der Zuwanderer davon aus, dass die Kinder in Deutschland, wie in den Herkunftsländern, automatisch krankenversichert sind. Um sich jedoch in Deutschland direkt zu versichern, braucht es für die freiwillige Versicherung einen Nachweis über die vorhandenen Versicherungszeiten. Der Versuch, in Rumänien das Formular E 104 (Formular für den europäischen Krankenversicherungsschutz) zu erhalten und fehlende KV-Beiträge rückwirkend zu zahlen, ist in unseren Fällen fast immer gescheitert. Die Behörden stellen das Formular nicht aus. Die Deutsche Krankenkasse verlangt es aber zur Klärung der Vorversicherung. Die Folgen sind für die einzelnen leicht auszumalen. Von diesen bürokratischen Hürden können wir viele Varianten erzählen, denn es bedarf vieler kleiner Schritte zum Gelingen einer gesellschaftlichen Integration und die Details werden in der Debatte selten berücksichtigt.



Abb. 2: Wohnverhältnisse in Rumänien (Foto: Kerstin Rietz)

Überforderung gängiger Instrumente

Eine der Folgen ist die absolute Armut. Sie lässt oft nur den Ausweg in die Nothilfesysteme zu. Übernachtungseinrichtungen, Tagesaufenthalte von Wohnungslosen-Einrichtungen oder Sprechstunden für nicht Krankenversicherte bei den Gesundheitsämtern sind darauf ausgerichtet im Notfall zu helfen und dann sehr schnell für Wohnung und weitergehende Hilfen zu sorgen. Diese sind damit sowohl inhaltlich als auch von der Kapazität überfordert. Ausschlüsse aus dem deutschen Sozial-



recht kennen die Nothilfeinrichtungen bisher nicht. Auftrag der Wohnungsloseneinrichtungen beispielsweise ist es, Menschen den Weg von der Straße in eine geeignete Wohnform zu ermöglichen und durch Hilfepläne zu realisieren. Diese Methoden greifen hier gar nicht. Denn der Zugang zu Wohnen, Arbeiten, Grundversorgung und weiteren Hilfen ist de facto bisher nicht vorhanden. Dann geht es in den Einrichtungen nicht mehr um Nothilfe, sondern um die Kompensation von absoluter Armut und ggf. auch um die Zementierung von unhaltbaren Zuständen.

Es besteht aus unserer Sicht ein hoher Regelungsbedarf hinsichtlich der Harmonisierung der Sozialsysteme der EU-Staaten. Solange dieses nicht geregelt ist, werden wir dem europäischen Gedanken und den Menschen in Europa nicht gerecht und die zuwandernden Menschen in extremer Armut relativ allein gelassen. Umso wichtiger ist es, auf allen Ebenen an Lösungen mitzuarbeiten, um Diskriminierung und Verelendung nicht weiter Vorschub zu leisten und Regelungsdefizite abzubauen.

Strategisch haben wir unsere Ressourcen gebündelt und gemeinsam mit der Caritas eine Anlaufstelle für EU-Binnenwanderer gegründet. Darin geht es vor allem darum, die Menschen konkret und verlässlich über das Leben und die Anforderungen in Deutschland kostenfrei zu informieren. **Ein kleiner Ansatz den Ausbeutungsstrukturen etwas entgegenzusetzen.** Im Team „Arbeit“, aus ESF-Mitteln gefördert, wird es um Aufsuchende Arbeit und Kompetenzfeststellung gehen, denn wir wissen nichts von den Menschen, die kommen und nach Arbeit fragen. Bei den Agenturen für Arbeit werden die Menschen oft nicht vorgestellt. Mit Muttersprachlern nehmen wir Kontakt auf und versuchen, die zweifelsohne vorhandenen Kompetenzen zu erfassen, den Agenturen damit ein besseres Bild über die Arbeitssuchenden sowie den Menschen ein realistisches Bild über ihre legalen Möglichkeiten in Deutschland zu geben. Das Team „Familie“, aus Landesmitteln gefördert, soll mittels muttersprachlicher Familienbegleiter die schulische Bildungsintegration fördern und Wege für Hilfsangebote der Jugendhilfe ebnen.

Zudem werden wir in einem Ehrenamtsprojekt „SchlauDabei“ Bildungspaten für Kinder akquirieren und begleiten. Da ohne die Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern Hilfen nicht greifen können, bereiten wir zurzeit in einem breiten Trägerverbund ein transnationales Projekt vor. Kontakte der Caritas Dortmund nach Caritas Sofia und zur Roma-Foundation-Stolipinovo werden dabei helfen. Wohnraum zu schaffen im Rahmen einer Wohnungszugangsstrategie wird einer der großen Herausforderungen werden an der wir mitarbeiten. Was wir aber – über alles Handeln hinweg – brauchen, ist, wie die Dortmunder Sozialdezernentin immer wieder betont, eine Verantwortungsgemeinschaft auf allen (nicht zuletzt politischen) Ebenen. Allein werden wir die Herausforderungen nicht meistern können.

Keine ethnische, sondern eine soziale Frage

Um dem Thema gerecht zu werden, braucht es eine klare Haltung, die sich bei uns auch erst entwickeln musste. Meine Richtschnur ist: **Kein Grund zur Panik und kein Grund zur Verharmlosung.** Die Aufgabe der sozialen Kohäsion in Europa fordert auch die Städte und die Stadtteile. Es müssen auf allen betroffenen Ebenen Lösungen gefunden werden. Und auch wir als Wohlfahrtsverband der Kirche sind gefragt unseren Beitrag zu leisten. Und gerade wir dürfen dabei die Menschen in den Stadtteilen nicht vergessen. Sie müssen die Hauptlast der Integration tragen, es darf nicht verwundern, wenn das mit Überforderungen einhergeht. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass der politische rechte Rand diese Überforderung zum Anlass nimmt für menschenverachtende Bilder und Deutungen. Wir stehen vor einer der größten europäischen Herausforderungen, dem sozialen Zusammenwachsen von Europa. Dies ist keine ethnische, sondern eine soziale Frage. Wir werden weiter darum ringen, Lösungen für Dortmund mit anderen zu finden und hoffen, dabei bald auch die Zuwanderer selbst mit einbeziehen zu können. Erste Priorität hat für uns die nachwachsende Generation; sie muss vor allem in die Bildungssysteme integriert werden, um so ein Chance auf eine echte Zukunft in Deutschland zu haben.

Uta Schütte-Haermeyer

Dipl. Sozialarbeiterin und Dipl. Erziehungswissenschaftlerin, Projektentwicklerin beim Diakonischen Werk Dortmund und Lünen gGmbH



vhw-Fortbildung

- Stadtplanung
- Städtebaurecht
- Immobilienwirtschaft
- Kommunale Organisation und Wirtschaft

Informieren Sie sich über neue Seminare, Tagungen und Symposien des vhw und melden Sie sich online an:

<http://www.vhw.de/seminar>